

Unterrichtung

Hannover, den 18.12.2025

Die Präsidentin des Niedersächsischen Landtages
- Landtagsverwaltung -

Beschlüsse zu Eingaben im 30. Tagungsabschnitt

Der Landtag hat folgende Beschlüsse zu Eingaben gefasst:

1. Zu Gesetzen:

Keine

2. Zu Anträgen:

Keine

3. Zur 24. Eingabenübersicht:

1. **01028/89/19**, Maßnahmen zur Entlastung von Studierenden in Niedersachsen:

Der Landtag sieht die wachsenden finanziellen Herausforderungen, denen viele Studierende in Niedersachsen gegenüberstehen. Die Eingabe wird der Landesregierung im Hinblick auf die Forderung zur Verlängerung des sog. „Niedersachsen-Menüs“ zur Berücksichtigung überwiesen. In Bezug auf die Forderung des Ausbaus des Angebots von niedrigschwelligen psychosozialen Beratungsstellen übersendet der Landtag die Eingabe der Landesregierung zur Erwägung. Es ist jedoch zu berücksichtigen, dass sich die Hilfen nur im Hinblick auf alters- und studienbedingte Problemlagen der Studierenden beziehen können (Studienorganisation, Prüfungsangst, Ablösung vom Elternhaus etc.) und nicht auf die Behandlung von psychischen Erkrankungen. Im Übrigen sind die Petenten über die Sach- und Rechtslage zu informieren.

2. **01218/11/19**, Erlass eines Informationsfreiheitsgesetzes (IFG) bzw. Transparenzgesetzes:

Die Eingabe wird der Landesregierung zur Berücksichtigung überwiesen. Im Übrigen ist der Einsender über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.

3. **01258/89/19**, Informationsfreiheitsgesetz / Transparenzgesetz für Niedersachsen:

Die Eingabe wird der Landesregierung zur Berücksichtigung überwiesen. Im Übrigen ist der Einsender über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.

4. **01202/11/19**, Anerkennungsverfahren für Hochschulabschlüsse im Bereich der Humanmedizin von ukrainischen Ärztinnen und Ärzten:

Die Eingabe wird der Landesregierung zur Erwägung überwiesen. Im Übrigen ist die Einsenderin über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.

5. **01159/11/19**, Grundsteuer; Neufestsetzung des Grundsteuermessbescheides für einen Resthof:
Die Eingabe wird der Landesregierung als Material überwiesen.
Im Übrigen ist der Einsender über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
6. **01103/11/19**, Aussetzen der Pflichtmitgliedschaft im „Altersversorgungswerk der Zahnärztekammer Niedersachsen“ für Zahnärztinnen und Zahnärzte:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
7. **01107/11/19**, Beschwerde über die Landeshauptstadt Hannover in einer Angelegenheit zur Einbürgerung:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
8. **01162/89/19**, Stopp des weiteren Ausbaus von Windkraftanlagen:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
9. **01193/11/19**, Gewährung von Lockerungen zur Entlassungsvorbereitung:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
10. **01197/89/19**, Niedersächsisches Gesetz über die Feiertage (NFeiertagsG); Einführung eines weiteren gesetzlichen Feiertages (hier: Weltkindertag am 20. September):
Die Einsenderin ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
11. **01201/11/19**, Beschwerde gegen das Jugendamt der Stadt Lehrte in einer umgangsrechtlichen Angelegenheit:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
12. **01210/11/19**, einheitliches Vorgehen bei der Ausschreibung und dem Ausbau von Glasfaserleitungen:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten. Darüber hinaus wird ihm empfohlen, sich mit seinem Anliegen an das Bundesministerium für Digitalisierung und Staatsmodernisierung zu wenden.
13. **01215/11/19**, Verarbeitung von borkenkäferbefallenem Holz in Europa:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
14. **01217/11/19**, Einstellung eines Ermittlungsverfahrens durch die Staatsanwaltschaft Lüneburg:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten. Darüber hinaus wird die Landesregierung gebeten, bei den zuständigen Bundesministerien anzuregen, das Merkblatt "Welche Rechte habe ich als Opfer einer Straftat?" im Abschnitt „Schadensersatz und Schmerzensgeld“ möglichst um Hinweise zu etwaigen zivilrechtlichen Verjährungsfristen und darauf, dass Opfer einer Straftat bei Anzeige nicht davon entbunden sind, diese selbst im Blick zu behalten, zu ergänzen.
15. **01222/11/19**, Beschwerde über die Bearbeitung von Dienstaufsichtsbeschwerden durch verschiedene Personen / Stellen:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
16. **01225/11/19**, Aufenthaltsrecht für einen nigerianischen Staatsangehörigen:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
17. **01237/11/19**, Gewährung von Wohngeldleistungen durch den Landkreis Aurich:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.

18. **01245/11/19**, Inobhutnahme des Kindes sowie weitere Maßnahmen durch das Jugendamt des Landkreises Harburg:
Die Einsender sind über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
19. **01265/11/19**, Überprüfung der Festsetzung des Ruhegehaltes:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
20. **01267/11/19**, Beschwerde über das Verhalten der Gemeinde Ilsede bezüglich einer Bitte um Unterstützung bzw. Tätigwerden:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
21. **01289/11/19**, Rundfunkbeitrag; Befreiung von der Beitragspflicht für Ferienwohnung:
Die Einsenderin ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
22. **01293/11/19**, Einbindung eines Grundstücks an das Neubaugebiet „Kuhweide“ in Uelzen:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
23. **01304/11/19**, Beschwerde über die Bürgermeisterin der Stadt Lohne wegen Behinderung bei der Ausübung einer kommunalen Mandatsträgerschaft:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
24. **01308/11/19**, Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV):
a) Kosten für die Wertmarken zur Nutzung des ÖPNV für Menschen mit Behinderung,
b) Zuverlässigkeit des ÖPNV und Zustand der Bahnhöfe:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
25. **01333/11/19**, Neuerteilung einer Fahrerlaubnis:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
26. **01337/11/19**, Erhöhte Hundesteuer für bestimmte Hunderassen:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
27. **01361/11/19**, Überprüfung der Haftfähigkeit aufgrund Gesundheitszustand, Gnadengesuch:
Die Einsenderin ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
28. **01382/11/19**, Pauschale Beihilfe:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
29. **01220/11/19**, Zuteilung von Arbeit oder schulische Ausbildung:
Die Eingabe wird für erledigt erklärt, da dem Anliegen des Einsenders entsprochen wurde. Im Übrigen ist der Einsender über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
30. **01192/11/19**, Beschwerde über das Verhalten des Jugendamtes des Landkreises Aurich im Zusammenhang mit einem Kinder- / Jugendhilfeverfahren:
Der Landtag sieht bezüglich der strafrechtlichen Vorwürfe keine Möglichkeit, sich für das Anliegen der Einsenderin zu verwenden. Hinsichtlich der weiteren Anliegen ist die Einsenderin über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
31. **01288/11/19**, Beschwerde über das Jugendamt Braunschweig wegen der Inobhutnahme des Sohnes:
Der Landtag sieht keine Möglichkeit, sich für das Anliegen der Einsenderin zu verwenden. Im Übrigen ist die Einsenderin über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.

32. **01221/11/19**, Begrenzung der durch Ratsmitglieder in einen Gemeinderat eingebrachten Anträge:
Der Landtag sieht keinen Anlass, sich für das Anliegen des Einsenders zu verwenden.
33. **01268/11/19**, Beschwerde über die Nichtbeantwortung von Schreiben an die Region Hannover und das Niedersächsische Ministerium für Inneres und Sport:
Der Landtag sieht keinen Anlass, sich für das Anliegen der Einsender zu verwenden.
34. **01235/89/19**, Überprüfung des Biologie-Abiturs 2025 in Niedersachsen:
Der Landtag sieht keinen Anlass, sich für das Anliegen der Einsenderin zu verwenden. Im Übrigen soll die Stellungnahme des Fachministeriums der Einsenderin übersandt werden.
35. **01360/11/19**, Erwerb der Georgsmarienhütte durch das Land Niedersachsen:
Der Landtag sieht keinen Anlass, sich für das Anliegen des Einsenders zu verwenden. Im Übrigen soll die Stellungnahme des Fachministeriums dem Einsender übersandt werden.

4. Zur 25. Eingabenübersicht:

126. Sitzung des Ausschuss für Haushalt und Finanzen am 03.12.2025

1. **01145/03/19**, Forderungen des VNSB zum Haushalt 2026:
Die in die Beratungen zum Haushaltsgesetzentwurf 2026 einbezogene Eingabe wird für erledigt erklärt und der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
2. **01247/03/19**, Einstellen von Haushaltsmitteln für die Wiederherstellung der Bahnstrecke Bremerhaven – Bad Bederkesa:
Die in die Beratungen zum Haushaltsgesetzentwurf 2026 einbezogene Eingabe wird für erledigt erklärt und der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.